



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 3 (Lindenthal)**

Herr Wagener

Telefon: (0221) 221 93313

Fax: (0221)

E-Mail: steffen.wagener1@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2019

Beschlussprotokoll

über die **Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 09.12.2019, 16:00 Uhr bis 18:55 Uhr, Großer Sitzungssaal (7. Etage), Aachener Str. 220, 50931 Köln

I. Öffentlicher Teil

5 Anregungen und Beschwerden

5.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Anwohnerparken im Pauliviertel (Az.: 02-1600-167/19) 3728/2019

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal dankt der Petentin für die Eingabe und beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung des Bewohnerparkgebietes „Pauliviertel“ auf der Grundlage des Parkraumkonzeptes gemäß Variante 1 (Anlage 3).

Nach Einführung der neuen Parkregelung werden von der Verwaltung notwendige Optimierungen in Abstimmung mit der Bezirksvertretung Lindenthal durchgeführt.

Alternative:

Die Bezirksvertretung Lindenthal dankt der Petentin für die Eingabe und beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung des Bewohnerparkgebietes „Pauliviertel“ auf der Grundlage des Parkraumkonzeptes gemäß Variante 2 (Anlage 4).

Nach Einführung der neuen Parkregelung werden von der Verwaltung notwendige Optimierungen in Abstimmung mit der Bezirksvertretung Lindenthal durchgeführt.

ZURÜCKGESTELLT

5.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Mehr Sicherheit am Übergang Sülz- gürtel/Wichterichstraße (Az.: 02-1600-253/19) 3667/2019

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal dankt dem Petenten für die Eingabe **und bekräftigt ihre Beschlüsse von 2016 und 2019** und hält weitere verkehrssicherheitstechnische Maßnahmen am Übergang Sülzgürtel/Wichterichstr. für erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

8 Anträge

8.1 Entscheidungen

8.1.1 „Testplanung“ zum Güterverkehrsknoten Köln Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, von Lothar Müller/Die Linke, Gerd Kaspar/FDP und Rolf Kremers/FWK AN/1609/2019

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet den Verkehrsausschuss folgenden Beschluss zu übernehmen.

Die Verwaltung der Stadt Köln setzt sich mit der Metropolregion Rheinland, der SUN Stadt-und-Umland, dem NVR, der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, den Gebietskörperschaften und dem Land NRW in Verbindung, um eine kooperative Planung „Testplanung“ für den Güterverkehrskorridor Köln als Teil des Corridor Rhine-Alpine auf den Weg zu bringen.

Folgende Fragestellungen sind dabei ergebnisoffen zu erarbeiten:

Wie sollen die Verkehrsflüsse des Güterverkehrs im Knoten Köln zukünftig gelenkt werden?

Wie kann die RWE Kohlebahn in die Verkehrsflüsse einbezogen werden?

Ist der Güterverkehr auf einer Seite des Rheins zu bündeln? Welche Seite ist dazu geeignet?

Der Stadtbezirk Lindenthal ist wegen zweier wichtiger Güterzugstrecken (Belgien – Aachen – Köln und Niederlande – Venlo – Köln) betroffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

8.1.2 Baumpflanzungen auf der Stolberger Straße Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, von Gerd Kaspar/FDP, Lothar Müller/Die Linke und Rolf Kremers/FWK AN/1616/2019

am 09.12.2019

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet um Prüfung, ob auf der Stolberger Straße in Köln-Müngersdorf zwischen der Kreuzung Eupener Straße und der Einmündung zur Linnicher Straße Bäume gepflanzt werden können. Sollte dies durch im Boden liegende Leitungen nicht möglich sein, ist zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, dort Bäume in Kübeln zu pflanzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU), Herr Fiedler (SPD)

8.1.3 Parkmöglichkeit nur für PKW

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, von Gerd Kaspar/FDP, Lothar Müller/Die Linke und Rolf Kremers/FWK
AN/1614/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, an den (zunächst) genannten Wohnstraßen das Parken NUR für PKW zuzulassen und entsprechende Schilder anzubringen.

Es handelt sich um folgende Straßen:

- Gleueler und Castelauner Straße,
- Münstereifler Straße zwischen Neuenhöfer Allee und dem Gürtel,
- Mommsenstraße zwischen Euskirchener und Zülpicher Straße,
- Euskirchener Straße zwischen Neuenhöfer Allee und dem Gürtel und
- Neuenhöfer Allee zwischen Zülpicher und Berrenrather Straße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU), Herr Fiedler (SPD)

8.1.4 Parkplatz Gleueler Straße Grüngürtel nur für PKWs

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, von Lothar Müller/Die Linke, Gerd Kaspar/FDP und Rolf Kremers/FWK
AN/1610/2019**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt den Parkplatz an der Gleueler Straße im Äußeren Grüngürtel, **den Parkplatz P1 am Franz-Kremer-Stadion und entlang der Gleueler Straße vom Militärring bis Freiligrathstraße** als Parkplatz nur für PKW auszuschildern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

am 09.12.2019

8.1.5 Betriebskindergarten für das medizinische Labor Wisplinghoff in Marsdorf

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, von Gerd Kaspar/FDP, Lothar Müller/Die Linke und Rolf Kremers/FWK
AN/1615/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet darum, den Bebauungsplan zu ändern und die Bauaufsicht um Genehmigung, damit ein Betriebskindergarten für das in der Horbeller Straße in Marsdorf gelegene Labor Wisplinghoff errichtet werden kann. Bisher schließt die textliche Festlegung eine Kita aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

8.1.6 Entsiegelung von Flächen und Plätzen im Stadtbezirk Lindenthal

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, von Gerd Kaspar/FDP, Rolf Kremers/FWK und Lothar Müller/Die Linke
AN/1613/2019**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche versiegelten Flächen und Plätze im Stadtbezirk entsiegelt werden können, um sie anschließend mit Rasen und/oder Bäumen zu bepflanzen.

Die Verwaltung bittet die Einwohner/innen des Stadtbezirks, versiegelte Flächen im öffentlichen Raum zu nennen, die entsiegelt werden könnten.

Die Verwaltung geht bei der Prüfung stadtteilweise vor und erstattet nach jedem geprüften Stadtteil einen Zwischenbericht an die Bezirksvertretung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

8.1.7 Verbrauchsdaten und CO2-Emissionen von Schulgebäuden schulintern bekannt machen

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, von Lothar Müller/Die Linke und Rolf Kremers/FWK
AN/1612/2019**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal ~~bittet beauftragt die Verwaltung~~ zu prüfen, wie die Verbrauchsdaten (Strom, Gas, Wasser; CO2-Ausstoß) der einzelnen Schulen in städtischer Trägerschaft Schüler/innen und Lehrer/innen der jeweiligen Schule zur Verfügung gestellt werden können.

am 09.12.2019

Auf der Basis dieser konkreten Daten können die Schulen dann – wenn gewollt – Unterrichtseinheiten durchführen, die sich auf das unmittelbare Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen beziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**8.1.8 Heranführung von Schülerinnen und Schülern an die Arbeit der Bezirksvertretung
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von
Lothar Müller/Die Linke
AN/1611/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung zu prüfen, inwieweit Schülerinnen und Schüler an der Arbeit der Bezirksvertretungen beteiligt werden können, etwa in Form der Teilnahme – mit beratender Stimme – an den Sitzungen der Bezirksvertretung.

Denkbar ist etwa die Teilnahme von zwei Jugendlichen aus den Reihen der Bezirksschülervertretung oder anderer einschlägiger Organisationen.

ZURÜCKGEZOGEN

**Ersetzungsantrag zu TOP 8.1.8
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1710/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal lädt zwei von der Bezirksschülervertretung zu wählende/delegierende Schüler/innen der weiterführenden Schulen des Stadtbezirks Lindenthal regelmäßig zur Teilnahme an ihren ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen ein.

Sie räumt den beiden Vertreter/innen oder ihren Stellvertretern Rederecht zu den Jugendliche besonders betreffenden Themen ein (schulische Angelegenheiten ebenso wie allgemein Kinder und Jugendliche im Stadtbezirk betreffende Themen).

Die Schüler/innen melden der Bezirksbürgermeisterin vor Beginn der Sitzung ihren Redebedarf bei diesen Themen an.

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet die Kölner Bezirksschüler/innenvertretung um Benennung zweier SV-Mitglieder und zweier Stellvertreter/innen aus weiterführenden Schulen des Stadtbezirks Lindenthal (Klettenberg, Sülz, Lindenthal, Braunsfeld, Müngersdorf, Junkersdorf, Marsdorf, Weiden, Lövenich, Widdersdorf) zur regelmäßigen Teilnahme an den BV-Versammlungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**8.1.9 Änderung des am 02.02.2015 beschlossenen Gesamtkonzepts für den Kölner Westen Abschnitt Stadtbahn
Antrag der SPD-Fraktion
AN/1619/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt, das am 02.02.2015 beschlossene Gesamtkonzept (AN/0145/2015) für die weitere Entwicklung im Kölner Westen für die Orte Weiden, Lövenich und Widdersdorf im Abschnitt Stadtbahn zu ändern. Dieser wird wie folgt ersetzt:

Die Linie 4 wird von Bocklemünd über Widdersdorf und Brauweiler bis Niederaußem verlängert. Dabei ist ein Umsteigeknoten am einzurichtenden S-Bahn-Haltepunkt Bocklemünd vorzusehen. Der Rat der Stadt wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Nachbarkommunen eine Priorisierung dieser Linienführung bei den weiteren Planungen und Entscheidungen beim NVR, bei der KVB und beim Land zu erwirken, eine Nutzung der bereitgestellten Mittel zur kohleausstiegsbedingten Strukturförderung zur Mitfinanzierung zu erlangen und die Umsetzung beschleunigt zu realisieren. Weiter ist ein Busvorrangbetrieb zwischen Widdersdorf und der Endhaltestelle der Linie 4 in Bocklemünd einzurichten, der später auch eine Verknüpfung mit dem einzurichtenden S-Bahn-Haltepunkt Bocklemünd bedienen kann. Der Beschluss ist dem Verkehrsausschuss des Rates vorzulegen.

ZURÜCKGESTELLT

**8.1.10 Maßnahmen zur Verkehrssicherheit an der Kreuzung Klosterstraße/Clarenbachstraße
Antrag der SPD-Fraktion
AN/1620/2019**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt Maßnahmen zu ergreifen, die die Verkehrssicherheit an der Kreuzung Klosterstraße/Clarenbachstraße verbessern. Dazu gehören insbesondere Geschwindigkeitskontrollen zur Einhaltung der in der Klosterstraße geltenden Tempo-30-Regelung sowie die Errichtung von Verkehrsschildern (Kreuzungsschild) oder alternativer Maßnahmen, um die Einhaltung der Vorfahrtsregel an der Kreuzung besser zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**8.1.11 Maßnahmen gegen die Vermüllung am Karl-Schwering-Platz und in den umliegenden Grünanlagen
Antrag der SPD-Fraktion
AN/1622/2019**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, welche die Vermüllung am Karl-Schwering-Platz und insbesondere in den angrenzenden Grünanlagen zwischen dem Karl-Schwering-Platz und dem Spielplatz am Rautenstrauchkanal eindämmen. Zu den Maßnahmen gehören Kontrollen des Ordnungsamts an den Wochenenden, eine verbesserte Reinigung am Wochenende sowie das Aufstellen von Müllbehältern mit größerem Fassungsvermögen in den Grünanlagen im Bereich der Tischtennisplatten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**8.1.12 Berichterstattung Pförtnerampel
Antrag von Rolf Kremers/FWK
AN/1606/2019**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung um zeitnahe Berichterstattung:

- a) über die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung mit regelmäßig erfolgreicher Zählung des Verkehrsflusses nach Einrichtung der Pförtnerampel und
- b) um Untersuchung über Umfang und Auswirkungen der Ausweichverkehre durch die angrenzenden Wohngebiete im Kölner Westen **zu unterschiedlichen Zeiten** sowie
- c) um Mitteilung über die Anzahl der Eingriffe zwecks Rückschaltung der Pförtnerampel vor Ort auf das „alte“ Schaltprogramm, um Staus aufzulösen.
- d) um Mitteilung der Auswirkungen der Ampel auf die Luftreinhaltewerte der Messstelle in Köln-Weiden**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

8.2 Vorschläge und Anregungen

9 Verwaltungsvorlagen

9.1 Entscheidungen

**9.1.1 Förderung des Brauchtums in den Veedeln – Sicherung der Durchführung der Veedelszüge im Stadtbezirk Lindenthal – Förderprogramm
4194/2019**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes, das Förderprogramm zur Sicherung der Durchführung der Veedelszüge im Stadtbezirk Lindenthal für das Jahr 2020.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen

**9.2.1 Regionalplanüberarbeitung, Modul III – Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
2887/2019**

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die in Anlage 1 aufgeführten Flächen der Bezirksregierung als Flächenvorschlag für die Neudarstellung von ASB- und GIB-Bereichen im Regionalplan zu übermitteln. Optionsflächen, welche eine besondere ökologische Funktion für die Stadt beinhalten (vgl. Tabelle 3), sind besonders gekennzeichnet. Die Abwägung der verschiedenen Belange bei der Diskussion über eine Ausweisung als Baufläche ist insbesondere vor dem Hintergrund des ausgerufenen Klimanotstandes weiterzuführen und ist nicht abgeschlossen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund des knappen Zeitrahmens die in der Vorlage benannten Flächen nach Herstellung der Verwaltungsmeinung an die Bezirksregierung übermitteln wurden, um dort die Weiterarbeit des Planwerks zu ermöglichen. Die Bezirksregierung Köln hat zugesichert, dass die von der Verwaltung eingebrachten Vorschläge eine entsprechende Kennzeichnung im Grobkonzept des Regionalplans erhalten.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, der Bezirksregierung mögliche Änderungen des Flächenportfolios beim abschließenden Ratsbeschluss umgehend mitzuteilen und darauf zu achten, dass diese im weiteren Verfahren der Überarbeitung des Regionalplans entsprechend berücksichtigt und eingearbeitet werden.

ZURÜCKGESTELLT

**9.2.2 Ergänzungsantrag zur Vorlage 2887/2019, Regionalplanüberarbeitung, Modul III – Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
AN/1496/2019**

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

am 09.12.2019

4. Die Vorlage geht zur Anhörung in alle von Flächenvorschlägen betroffenen Bezirksvertretungen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zu jeder der Flächen, die sie nicht weiterverfolgt hat („entfallene Optionsflächen“, S. 104 f. der Anlage 1, Modul III, Teil 2), kurze Hinweise zu geben, warum diese nicht weiterverfolgt worden sind.
6. Da ihr Vorschlag den für Köln berechneten Bedarf an neuen Siedlungsbereichen bei weitem nicht deckt, wird die Verwaltung aufgefordert, über ihren Vorschlag den Ratsgremien und Bezirksvertretungen hinaus weitere Flächen zu benennen, die der Bezirksregierung zur Regionalplanüberarbeitung schnellstmöglich vorgelegt werden.
7. Die Bezirksvertretungen und die Fachausschüsse werden gebeten, die bereits vorliegenden und auch weitere Flächenvorschläge und Handlungsoptionen der Verwaltung zu prüfen. Eine Streichung von Flächen des Verwaltungsvorschlags soll nur dann vorgenommen werden, wenn gleichzeitig gleichwertige Alternativflächen im gleichen Bezirk genannt werden.
8. Die Bezirksvertretungen werden ermutigt, aus ihrer örtlichen Sachkunde heraus weitere Flächen vorzuschlagen, die der Bezirksregierung Köln für die Regionalplanüberarbeitung vorgelegt werden sollen. Als Anregung sei auf die „entfallenen Optionsflächen“ (S. 104 f. der Anlage 1, Modul III, Teil 2 des Verwaltungsvorschlags) verwiesen.

ZURÜCKGESTELLT

9.2.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 63429/06 – Stellungnahmen/Satzungsbeschluss – Arbeitstitel: Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz 3487/2019

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zu der Teilaufhebung des für das Gebiet zwischen der Neuenhöfer Allee, Hermeskeiler Straße, Castellauner Straße und Simmerer Straße in Köln-Sülz – Arbeitstitel: Hermeskeiler Platz in Köln-Sülz – eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 5–7;
2. die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 63429/06 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV Nordrhein-Westfalen S. 666/SGV NW 2 023) – jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettessheim (CDU)

9.2.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Neubau Justizzentrum Köln in Köln-Sülz
3265/2019

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet westlich der Bahntrasse entlang der Rudolf-Amelunxen-Straße, nördlich der Wohnbebauung entlang der Straße am Justizzentrum und des Land- und Amtsgerichtes, östlich der Luxemburger Straße und südlich der Freifläche entlang der Hans-Carl-Nipperdey-Straße und des Fußgängerweges am Duffesbach – Arbeitstitel: Neubau Justizzentrum Köln in Köln-Sülz – einzuleiten mit dem Ziel, den Neubau des Justizzentrums planungsrechtlich zu sichern;
2. nimmt die in Anlage 2 dargestellten planerischen Zielvorgaben zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2;
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

9.2.5 Planfeststellungsverfahren Militärringstraße, Anbindung der Aachener Straße und der Stolberger Straße
Planänderung, Entfall Rampe zur Aachener Straße
3499/2019

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die 2015 zur Planfeststellung eingereichte Genehmigungsplanung dahingehend zu ändern, dass die geplante neue Rampe von der Militärringstraße zur Aachener Straße entfällt. Diese Planänderung ist mittels Deckblattverfahren in das laufende Planfeststellungsverfahren einzubringen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen Lindenthal und Ehrenfeld uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**9.2.6 Stadtgrün naturnah
Grüne Infrastruktur
3657/2019**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beschließt das Grünflächenstrategiekonzept zur naturnahen Gestaltung und Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen.

Auf der Grundlage des Konzeptes werden den jeweiligen Bezirksvertretungen gesonderte Vorlagen zur Ausweisung, Gestaltung und Umsetzung der Stadt*Natur*Parks und der artenreichen Wiesen vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**9.2.7 Kölner Kinder stärken! – 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative „Kommunale Präventionsketten“
3437/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- (1) beschließt das Leitbild und die Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken! – 184 Tausend junge Chancen fördern!“. Sie dienen der Verständigung innerhalb der Verwaltung über die notwendigen Schritte zur Prävention und Bekämpfung von Benachteiligungslagen junger Menschen und ihrer Familien in Köln und bilden die Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen auf der Praxisebene.
- (2) nimmt die Ergebnisse des im Rahmen des „Monitoring Stadtentwicklung“ etablierten Präventionsmonitorings (Kapitel 4.1.) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Indikatoren gestützte Analyseinstrument zur Beobachtung von Präventions- und Interventionsbedarfen als Frühwarnsystem auf sozialräumlicher Ebene weiter zu entwickeln.
- (3) beauftragt die Verwaltung mit der Weiterentwicklung der Präventionskette gegen Kinder, Jugend-, Familienarmut in Köln, beschließt die vorgeschlagenen Maßnahmen auf der Strukturebene (Kapitel 6.2.) und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.
- (4) beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagene Maßnahme „modellhafte Umsetzung einer gesunden Familiengrundschule“ (Kapitel 6.3.) konzeptionell zu entwickeln. Die Maßnahme soll entsprechend der strategischen Ziele der Gesamtstrategie umgesetzt werden. Das Konzept wird nach Erstellung und bei gesicherter Finanzierung dem Rat vorgelegt und zur Umsetzung vorgeschlagen.
- (5) beauftragt die Verwaltung, den politischen Gremien jährlich über den weiteren Umsetzungsstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

am 09.12.2019

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**9.2.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Gewässerentwicklungskonzept Köln 2020 bis 2026 (GEK 2020) – Erste Fortschreibung
3406/2019**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der 1. Fortschreibung des Gewässerentwicklungskonzeptes Köln (GEK 2020) – Fortschreibung 2020 bis 2026 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**9.2.9 Klettenbergpark
Abspermaßnahmen und Einfriedungen
3521/2019**

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung von Abspermaßnahmen, Einfriedungen und Sanierungen im Klettenbergpark mit Gesamtkosten von 393.585 €.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungs- und einer Verpflichtungsermächtigung 2020 in Höhe von jeweils 165.000 € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei Finanzstelle 6700-1301-3-1019, Einfriedung Klettenbergpark FW, Hj. 2019

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

**9.2.10 Mehrbedarf zur Beschaffung der Einrichtung für die Erweiterungsbauten Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium und Schiller-Gymnasium, Nikolausstr. 51–55, 50937 Köln
3122/2019**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung genehmigt die zusätzlichen Einrichtungskosten im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von rund 726.096 € brutto (investiver Anteil: 145.428 €, konsumtiver Anteil: 580.668 €) für die Einrichtung der naturwissenschaftlichen Fachräume sowie die sonstige Ausstattung mit Schulmöbeln der Erweiterungsbauten des Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasiums und Schiller-Gymnasiums, Nikolausstr. 51-55, 50937 Köln-Lindenthal.

am 09.12.2019

Die Finanzierung der investiven Kosten in Höhe von rund 145.428 € erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2020 aus veranschlagten Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen bei Finanzstelle

4013-0301-0-4500. Eine Umschichtung auf die Einzelfinanzstelle 4013-0301-3-3080 wird veranlasst.

Die Finanzierung der konsumtiven Kosten in Höhe von rund 580.668 € erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2020 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus veranschlagten Mitteln.

Die Genehmigung erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2020/2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)

9.2.11 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen 2763/2019

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales folgt der Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik (Anlage 1) soweit, als das er die Verwaltung bittet, folgenden Beschluss zu berücksichtigen:

„Die Barrierefreiheit ist bei Entscheidungen, die den öffentlichen Raum betreffen, besonders zu berücksichtigen.

Um in beengten Bestandssituationen einen Ausgleich zwischen allen Akteuren im öffentlichen Raum zu schaffen, ist weiterhin jeder Einzelfall zu betrachten und unter Berücksichtigung von sachlichen und objektiven Kriterien zu entscheiden. Eine starre Regelung ist im Bestand nicht praktikabel.“

Alternative

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales folgt der Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soweit, als das er die Verwaltung bittet, folgenden Beschluss zu berücksichtigen:

„Auf allen Gehwegen innerhalb der Stadt Köln soll unverzüglich eine barrierefreie Mobilität gewährleistet werden. Das Amt für öffentliche Ordnung ist angehalten, für die Aufrechterhaltung der barrierefreien Gehwegmobilität zu sorgen und die Gehwegbreite von 1,50 Metern (zzgl. Sicherheitsabständen 0,2 m zum Haus + 0,3 m zum PKW) und Begegnungszonen nach 15 Metern mit geeigneten Maßnahmen zu realisieren. Eine Unterschreitung ist nur dann möglich, wenn der Gehweg eine bauliche Breite von 2,0 Metern nicht aufweist.“

ZURÜCKGESTELLT

II. Nichtöffentlicher Teil

15 Verwaltungsvorlagen

15.1 Entscheidungen

15.2 Anhörungen und Stellungnahmen

15.2.1 Wahl einer Schiedsperson (Schiedsamsbezirk 32) 3230/2019

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Lindenthal wählt mit Wirkung vom 01.01.2020 für die Dauer von fünf Jahren:

Herrn Michael Hoffmann
Drachmenweg 22
50859 Köln
Geb.: 07.07.1960 in Köln
Rentner

zum Schiedsmann des Schiedsamsbezirks 32 (Junkersdorf, Lövenich, Weiden und Widdersdorf)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1 Enthaltung (Linke)

Nicht anwesend: Herr Nettesheim (CDU)